

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 7

Ersteinst. Sonntags.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezugs.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 8. Februar 1925

Verlagsschleife Berlin G. 2, Brühlstr. 8/10 V
Telef. Nr. 1822.
Einsagen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Es ist eine Lust zu leben!

Wir durchleben herrliche Zeiten. Am Reich haben wir die Rechtsregierung außer bekommen. Was sich in Preußen tun wird, weiß man bis zur Stunde noch nicht. Die Rechtsregierung im Reich ist eine harte Belastung für die Arbeiterschaft, die sich infolge der von dieser Regierung drohenden Gefahren in erhöhte Alarmbereitschaft stellen muß.

Alle Arbeiterrechte sind aufs ernstlichste bedroht und niemand darf darüber im Zweifel sein, daß wir heute vor einer Zeit stehen, die umfangreichere und hartnäckigere Kämpfe einleitet, wie sie jemals — selbst nicht in den Vorkriegszeiten — von den Gewerkschaften und der politischen Partei der Arbeiterschaft zu führen waren. Damals hatten wir nicht viel zu verlieren, wohl aber alles zu gewinnen. Heute sieht es etwas anders aus. Zu gewinnen hat die Arbeiterschaft noch unendlich viel, aber auch ein ganz Teil zu verlieren.

Die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung und der Parteien, die diese Regierung hinter sich hat, ist

die Verkörperung absoluter Arbeiterfeindschaft.

Wo hartgefotene Schlotbarone und Krautjunker sich zusammenfinden mit unerfährten Säbelrählern und strammen Monarchisten unter lebhafter Aufsicht der Heiligen von Moskau, da gibt es einen üblen Klang. Die Arbeiterschaft aber steht allein da, nur gestützt auf die eigene Kraft und Macht.

Da muß es hart auf hart gehen

in dem Augenblick, in dem die reaktionäre Reichsleitung die Wünsche und Aufträge ihrer Mandatgeber zu erledigen beginnt. Und deren Wunschzettel ist nicht klein. Das zeigen ihre andauernden Angriffe auf die sozialen Einrichtungen, die dem Schutze der Arbeit dienen sollen, das zeigt der fortgesetzte Sturm auf den Achtstundentag, auf die Betriebsräte, das zeigt ihr heißes Verlangen nach Agrar- und Industriezöllen, die die Kaufkraft der Massen belasten und die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterschaft untergraben, das zeigt auch ihr Streben nach Abwälzung aller Steuern und sonstiger Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes. So steht die Zukunft dunkel vor uns und ungehemmt wird das Anheiß seinen Lauf nehmen, wenn nicht die Arbeitsbienen sich rechtzeitig auflehnen gegen den großzügigsten aller Raubzüge, die der moderne Kapitalismus in Szene zu legen sich ansetzt. Doch nicht am Vierlich kann das geschehen oder hinter dem warmen Ofen, nicht durch Schimpfen auf die Einrichtungen, die zwar zum Helfen da sind, die aber ohne die tätige Mitwirkung aller zur Ohnmacht verurteilt sind, nicht durch feigen Verzicht auf alle Selbstwehr. Selbst mit angefaßt und selbst zugriffen, um alle die von den gezeigten Gefahren Bedrohten zu einem

einheitsfester Willen zur Abwehr zusammen zu schweißen. Nur das kann helfen und die Gefahren abwenden.

Die Unerfährlichkeit des Kapitals zeigt sich täglich neu im strahlendsten Lichte. Eine Korruptionsaffäre jagt die andere. Die vielen Bank- und Kreditkandale der letzten Monate zeigen, daß unsere Wirtschaft völlig durchsetzt ist von einem Schieberium, dessen Opfer letzten Endes immer wieder nur die Arbeiterschaft ist. Der honette Kapi-

talismus ist um kein Haar besser als die erbärmlichste Schiebergesellschaft, der man jetzt zufällig an den Stragen gehen kann. Er macht's nur anders, geschickter. Ist nicht die

Milliarden-Subvention der Ruhrindustrie

gleichsam ein ungläubliches Stück aus dem Tollhaus? Die ungeheuren „Entschädigungen“ an die Ruhrindustriellen zeigen eine Situation, die die Demoralisierung des Kapitals und die absolute Bereitwilligkeit kapitalistisch orientierter Regierungsmänner zur Beachtung jeder Unternehmung er wünscht klar erkennen läßt. Seit dem Beginn der Ruhrinvasion hat sich die Schwerindustrie als den großen Märtyrer aufgespielt, der alle Leiden und Qualen der Befegung am stärksten zu tragen habe. Und in Wirklichkeit hat die Gesellschaft diese Befegung für sich in ein Bombengeschäft umgemünzt. Die 700 Goldmillionen, die jetzt in der Devisenlosigkeit so viel Staub aufwirbeln und die ohne rechtmäßige Grundlage als Entschädigung an die Ruhrindustrie gezahlt wurden, sind nur der letzte Teil einer Milliarden-Subvention, die vom Beginn des passiven Widerstandes an geflossen wurde.

Diese Riesensummen sind restlos in den Taschen der Großindustrie verschwunden.

Für die sogenannten Lohnsicherungen, d. h. für die Beträge, die als Lohn an die Arbeiterschaft ausgezahlt wurden, fand man andere Quellen, die sich die Großindustrie zum Teil auch wieder nutzbar machte, denn die Arbeiterschaft erhielt ihren Lohn nicht ohne Gegenleistung. Die regelrechte Produktion war zwar zum größten Teil eingestellt, aber dafür wurden „Notstandsarbeiten“ gemacht in einem Ausmaß, daß man ein weites Gewissen haben mußte, und viele solcher Arbeiten noch als Notstandsarbeit bezeichnet zu können. J. B. haben die Bergwerksbesitzer auf Kosten des Reiches, das die Löhne zahlte, ihre Betriebe gründlich in Ordnung bringen lassen, also auf Kosten des Staats ihre Schwere wesentlich verbessert. So müssen den Großunternehmern alle Dinge zum Besten dienen in entschiedener Beachtung des Grundsatzes:

Nehmen ist feliger denn Geben.

Wohin wir sehen, überall Korruption und Sumpf in jenen Kreisen, die politisch und wirtschaftlich die ärgsten Feinde der Arbeiterschaft sind. Ja, es ist eine Lust zu leben —

Entscheidungen zu unseren Reichstaxisverträgen.

Neuer Lohnabluß mit dem VDB.

Am 30. Januar haben mit dem Verband Deutscher Buchbinder in Leipzig Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen stattgefunden. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Von den Unternehmern wurde erklärt, daß bei der Regelung der Lohnfrage auch die Arbeitszeitfrage mit geregelt werden müsse. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde nachstehende Vereinbarung getroffen:

Zwischen dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer einerseits und dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands sowie dem Graphischen Zentralverband andererseits wird folgendes vereinbart:

1. Lohnhöhe: Für die Zeit vom 5. Februar bis 18. Februar bleibt es bei der bisherigen Lohnregelung. Für die Zeit vom 19. Februar bis einschließlich 27. Mai wird der Spitzenlohn auf 80 Pf. festgesetzt. Die übrigen Löhne werden nach dem Lohnschema errechnet. Falls dieses Lohnabkommen nicht 14 Tage vorher gekündigt wird, läuft es vier Wochen weiter, jedoch nicht über den 30. Juni.

2. Arbeitszeit. Bezüglich der Regelung der Mehrarbeitszeit bleibt es bei der Regelung vom 5. Juli 1924 mit der Maßgabe, daß für die 49. bis 53. Stunde ein Mehrstundenzuschlag von 12½ Proz. gewährt wird. Diese Regelung gilt für die Zeit vom 5. Februar bis 30. Juni.

3. Der Akkorddivisor wird für die Zeit ab 19. Februar mit 5,3 festgesetzt.

Die Verhandlungen mit dem „Apt“.

Am 2. Februar fanden in Berlin Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen über die Festsetzung der Löhne ab 5. Februar statt. Von unseren Unterhändlern war eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. gefordert. Da von uns auch das Arbeitszeitabkommen zum 31. Januar gekündigt war, erklärten die Unternehmer, daß auch die Arbeitszeitfrage bei den diesmaligen Lohnverhandlungen wiederum geregelt werden müsse. Nach eingehender Begründung unserer Forderungen und mehrstündigen Verhandlungen erklärten die Unternehmer schließlich mit allem Nachdruck, daß sie keinerlei Lohnerhöhung zuzubilligen vermächten, die wirtschaftliche Lage der Industrie ertrage eine solche nicht. Die insbesondere von Arbeitnehmerseite angeführten Momente für eine Lohnerhöhung, die kommende Mietscherhöhungen betreffend, sei nach ihrem Dafürhalten keineswegs stichhaltig. Die Arbeitszeitfrage wünschten sie in der bis zum 31. Januar geltenden Form weiterhin geregelt zu sehen. Nach dieser Erklärung wurden die Verhandlungen abgebrochen und gegenseitig vereinbart, daß das Reichsarbeitsministerium um Einsetzung einer Schlichtungskammer angegangen werden solle.

Die Umstände gestatteten es, daß die Schlichtungskammer unter Vorsitz des Herrn Dr. Königsberger schon am 3. Februar nachmittags 4 Uhr zusammentrat. Nach fünfständiger Verhandlung konnte der Vorsitzende einen Spruch verkünden, der dahin geht, daß es in bezug auf die Arbeitszeitfrage bei der bisherigen Regelung bis zum 1. Juli 1925 verbleibt. In der Lohnfrage wurde entschieden, daß der Lohn an der Spitze ab 26. Februar 80 Pf. betragen solle bis zum 1. Juli 1925. Nach Sonderberatungen sowohl der Arbeitgeber als auch unserer Vertreter wurde beiderseits dem Reichsarbeitsministerium gegenüber die Annahme des Schiedspruches ausgesprochen.

Etsuisindustrie.

Die Etsuisarbeitserschaft in Rathenow ist in eine Lohnbewegung eingetreten und wurde aus dieser Veranlassung der Schlichtungsausschuß in Potsdam angerufen. Der Syndikus des Reichverbandes der Etsuisindustrie benötigte dieses Gelegenheit, den Schlichter zu bestimmen, daß der zu fallende Schiedspruch für das gesamte Reich Geltung haben soll. Der Schlichter Winnig lud die Parteien zum 3. Februar nach Potsdam zu einer Vorbesprechung ein. Von unserer Seite wurde dort eine Erklärung abgegeben, daß wir es ablehnen müßten, daß der Potsdamer

Schlichtungsausschuss für die zentrale Lohnregelung in Tätigkeit trete. Wir würden auch, wenn es dennoch gelassen sollte, uns einem solchen Spruch keineswegs unterwerfen. Wir erachten der bisherigen Gepflogenheit gemäß zur Schlichtung zentraler Streitigkeiten nur das Reichsarbeitsministerium für zuständig. Um sich nicht der Gefahr auszusetzen, daß der Schlichtungsausschuss Potsdam dennoch auf Grund des anhängig gemachten Schlichtungsverfahrens in die zentrale Lohnregelung eingreift, wurde das vom Gau Magdeburg für Rathenow anhängig gemachte Schlichtungsverfahren zurückgezogen. Der Syndikus des Reichsverbandes Dr. Hillenbrand erklärt auf Anregung des Schlichters in Übereinstimmung mit uns, daß gegen zentrale Verhandlungen eine Abneigung nicht bestehe. Hillenbrand knüpfte aber die Bedingung daran, daß die Unternehmer nur dann an den Verhandlungen sich beteiligen könnten, wenn zuvor der Streik in Eisenberg abgebrochen werden würde. Das wurde unsererseits abgelehnt. Vereinhart wurde schließlich, daß am 10. Februar eine unerbittliche Aussprache zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen stattfinden soll.

Kartonnagenindustrie.

Der mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten abgeschlossene, bis zum 30. April geltende Reichstarifvertrag (Mantelvertrag) ist vom Unternehmerverband zum 30. April gekündigt worden.

Zum Streik in Brandenburg.

In der Berlin-Neuroder Funktionstil stehen seit dem 26. Januar über 200 Kolleginnen und Kollegen im Streik. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Potsdam zeltigten einen Schiedspruch, der die ab Mai 1924 geltenden Löhne in der Spitze um 12 Proz. erhöhte. Gleichzeitig steht dieser Spruch aber eine neue Abstufung der Löhne in den einzelnen Altersklassen vor, und diese wirkt sich so aus, daß alle, die nicht Spitzelöhne erhalten, einen Abbau ihres Lohnes erleiden. Die Firma hat in einer Verhandlung zugestanden, daß der Lohnabbau für die jetzt im Betriebe Tätigen nicht in Frage kommen solle. Infolge des ungenügenden Angebots beschlossen die Beschäftigten einstimmig die Niederlegung der Arbeit. Ueber den weiteren Verlauf des Streiks werden wir berichten.

**Im Streik der Eisenberger Eis-
arbeiterschaft**

Et bis zum Abschluß dieser Nummer eine Aenderung nicht eingetreten. Die Ausständigen stehen nach wie vor fest zu ihren Forderungen.

Zur Neuwahl der Betriebsräte.

Wie alljährlich sind auch in diesem Jahre die Neuwahlen der Betriebsräte einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar und März durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortsstellen des IFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, bis zu dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht haben, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1924 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen; maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BVO. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1925 gebildet worden sind, bleiben im Amte, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1924 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung unter den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schwädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Neuwahlen sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll, Seite 419 und 420), außerdem enthalten in der „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 1, 1925, S. 11). Hiernach ist genau zu verfahren.

Die Entwürfe für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem

allgemein verbreiteten Kommentar von Starow, Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BVO. und § 22 der Wahlordnung zum BVO.).

Unumkehr frisch ans Werk! Schwere Zeiten des passiven Widerstandes, der Inflation und der Kämpfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit liegen hinter uns. Neue schwere Kämpfe stehen uns bevor.

Ehrensache der Arbeiterbewegung muß es sein, daß kein Betrieb, für den eine Betriebsvertretung zuständig ist, ohne diese bleibt. Nur so sind die Rechte der Arbeiter zu wahren und zu sichern. Die Neuwahlen müssen zur Gewinnung der noch nicht den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter ausgenutzt werden. Denn ohne starke Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten und

ohne starke Gewerkschaften gibt es überhaupt keinen Kollektivismus und keine Arbeiterrechte.

Nur starke Gewerkschaften gewährleisten die Macht der Arbeiter. Die Unternehmer sind mächtig am Werte. Ihre Presse veranstaltet Umfragen über die Bewährung der Betriebsräte. Das Ergebnis ist eine Ehre für die Betriebsräte, denn die Unternehmer stellen betäubt fest, daß die Betriebsräte sich nicht für den Profitinternationalismus gebrauchen lassen. Aber die Unternehmer sind hartnäckig.

Teile und herrsche, ist ihre Parole. Sie wollen die Betriebsvereinbarungen und Werksgemeinschaft, um die Gewerkschaften und die Tarifverträge zu zer schlagen und für diese Zwecke glauben die Unternehmer die Betriebsräte mißbrauchen zu können.

Das ist ihnen noch nicht gelungen und das wird ihnen auch nicht gelingen. Die Kommunistische Partei arbeitet wie überall so auch hier den Unternehmern in die Hände; die kommunistische Betriebszellenpolitik kommt den Unternehmerabsichten entgegen, wie ja immer die Kommunisten durch die Verschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung die Unternehmerrgeschäfte besorgen. Diesen beiderseitigen Angriffen müssen die Arbeiter und die Angestellten die Parole:

Einigset macht stark

entgegenstellen.

Die Betriebsräte wahlen 1925 müssen unter dem Zeichen der freigewerkschaftlichen Ziele und Forderungen stehen. In diesem Jahre findet der Gewerkschaftskongress statt; die Betriebsvertretungen und die Belegschaften aller Betriebe müssen hinter diesem Kongress stehen und alle Arbeiter müssen den freien Gewerkschaften angehören.

An die Arbeit! Die Betriebsvertretungsneuwahlen müssen unter der Parole geführt werden:

Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften!
Berlin, den 1. Februar 1925.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB).
Allgemeiner freier Angestelltenbund (IFA-Bund).**

Die Reform des Reichsindex,

die von den Gewerkschaften seit einigen Monaten angestrebt wird, ist durch inzwischen stattgefundene Verhandlungen vor dem Statistischen Reichsamte energisch weiter verfolgt und gefördert worden. In Nr. 49 der „B.Z.“ vom vorigen Jahre hatten wir eine Reihe Fehlerquellen aufgezeigt und u. a. darauf hingewiesen, daß vielfach die Friedenspreise übertrieben hoch eingesetzt werden, wodurch die heutigen Preissteigerungen erheblich geringer erscheinen. Als besonders größtes Beispiel hatten wir erwähnt, daß z. B. das Berliner Statistische Amt den Friedenspreis für Prekohlern mit 1,20 Mk. einstellt, während von der Berliner Konsumgenossenschaft zu gleicher Zeit der Zentner mit 65 Pf. frei Keller geliefert wurde.

Inzwischen haben die Gewerkschaften diesen Fehlerquellen weiter nachgespürt und bei den amtlichen Preisermittlungen der Bekleidung nicht minder größte Fälle festgestellt. So hatte man für einen Anzug aus minderwertigem Stoff einen Friedenspreis von 35 Mk. angesetzt, während nach übereinstimmender Ansicht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Sachverständigen der Preis für einen solchen Anzug im Jahre 1914 nur zwischen 20—25 Mk. schwankte. Der Preis für einen solchen Anzug wurde im Januar 1925 mit 60 Mk. ermittelt, das ergibt also bei dem eingesehten Friedenspreis von 35 Mk. eine Steigerung

von rund 70 Proz. Da aber der Anzug in Wirklichkeit nur 25 bis 25 Mk. kostete, ergibt sich eine tatsächliche Steigerung von rund 160 Proz. Wehmlich liegt es bei Frauenstrümpfen. Hier wurde ein Paar englische lange baumwollene schwarze oder braune Frauenstrümpfe mittlerer Qualität mit 1 Mk. Friedenspreis eingesetzt, während in Wirklichkeit der Preis dafür nur 38—42 Pf. war.

Noch eigenartiger beleuchtet ein dritter Fall die „objektive amtliche Preisfeststellung“. Ein wasserner Frauenchicotrad mittlerer haltbarer Qualität ist für 1914 mit 14 Mk., für Januar 1925 jedoch nur mit 8,50 Mk. eingesetzt. Nach einer Erklärung für diese auffällige Erscheinung befragt, wurde von amtlicher Seite erwidert, daß bei den heutigen Damenmoden bzw. den engen und kurzen Röcken nur 2,50 Meter Stoff in Rechnung gestellt wurden, während man 1914 für einen Rod 4 Meter Stoff gebrauchte. Ähnliche Fälle wurden noch weiter festgestellt. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß eine amtliche Stelle es wagen darf, in solcher groben Weise amtliche Behörden wie die Deffentlichkeit zu dupieren.

Wenn angesichts solcher Abweichungen von der Wirklichkeit der Vertreter des Statistischen Reichsamts — dem all diese Umstände doch genau bekannt sein müssen —, dennoch die amtlichen Preisfeststellungen als absolut einwandfrei und zuverlässig verteidigt, dann ergibt sich daraus für die Arbeiterschaft die Schlussfolgerung, auch in Zukunft diese amtlichen Zahlen mit größtem Mißtrauen zu betrachten. Das Wichtigste und Nächstliegende für die Arbeitervertreter ist aber, daß in allen Orten, die für die amtlichen Preiserehebungen in Frage kommen, der Preiskontrolle ein größeres Augenmerk als bisher zugewendet wird. Denn die Arbeiterschaft ist die Leidtragende bei der bisherigen Leichtgläubigkeit.

Der Abschluß im Buchdruck.

Nach endlosen Verhandlungen ist es doch noch zu einem Abschluß im Buchdruckgewerbe gekommen. Die Buchdruckunternehmer hatten sich auf eine rückfichtige Abwehr aller Arbeiterforderungen eingestellt und in einem vertraulichen Rundschreiben zu einer „Einheitsfront zwischen dem Buchdruckerverein und dem Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe für die Zeit der kommenden Tarifverhandlungen und der sich daraus ergebenden Tarifkämpfe“ aufgefördert. In einem besonderen „Verpflichtungsschein“ wurde die Handelsfreiheit der einzelnen Unternehmer hinter Schloß und Riegel gelegt. Durch diese Maßnahmen war erkenntlich geworden, daß es den Buchdruckunternehmern mit der Abweisung aller Arbeiterforderungen außerordentlich ernst war und auch die lange Dauer der Verhandlungen ist hieraus zum Teil erklärlich.

Eine der wichtigsten Änderungen im Tarif ist das Wegfallen der unterschiedlichen Entlohnung für Ledige und Verheiratete. Dieser in den letzten Jahren bestandene Unterschied ist in der Hauptsache ein Kind der Geldentwertung. Nach der Stabilisierung unserer Währung ist der Grund, der ehemals zur Einführung dieses Unterschiedes geführt hatte, in Wegfall gekommen. Für die Folgezeit wird also ein Unterschied in der Entlohnung für Ledige und Verheiratete nicht mehr gemacht. Beflehen geblieben sind dagegen die vier Altersklassen. Die Angehörigen der Klasse B erhalten 7½ Proz., die der Klasse A 15 Proz. und Ausgelernte 30 Proz. weniger als der Tariflohn für die Angehörigen der Klasse C beträgt.

Ein besonderes Arbeitszeitabkommen ist nicht mehr abgeschlossen worden; die seitigeren Bestimmungen wurden in den Tarif mit eingearbeitet. Man hat dort den Begriff „Ueberstunden auf längere Dauer“ geschaffen. Diese sollen zulässig sein mit täglicher einer Stunde bis zur Höchstdauer von fünf Stunden wöchentlich. Der Aufschlag für diese Ueberstunden beträgt 15 Proz. Diese Art Ueberstunden müssen spätestens am Wochenenschluß für die nächste Lohnwoche und zwar mindestens auf eine volle Woche für den Gesamtbetrieb oder für Betriebsabteilungen angefangen werden. Seither wurde für die Mehrarbeitsstunden über 48 bis 53 Stunden 12½ Proz. Zuschlag gezahlt, der jetzt auf 15 Proz. erhöht ist.

Auch sonst sieht der Tarif eine ganze Reihe Änderungen vor, die im allgemeinen nur von untergeordneter Bedeutung sind. Eine Ausnahme hiervon macht die Aenderung in der Lehrlingskala. Die Zahl der Gehilfen, auf die ein oder mehr Lehrlinge ge-

halten werden dürfen, wurde nicht unwesentlich herabgesetzt. Von Bedeutung dürfte noch die Bestimmung sein, daß in allen Fällen, in denen die Arbeitsnachweise nicht in der Lage sind, genügend geeignete Gehilfen zu vermitteln, erfahrene Hilfsarbeiter mit Gehilfenarbeit zum Gehilfenlohn beschäftigt werden dürfen.

In bezug auf den Lohnstarif wurde beschloffen, daß der zurzeit geltende Lohn bis zum 27. Februar weiter in Geltung bleiben soll. Am 28. Februar wird er um 2 Mf. erhöht. Dieser Lohnstarif hat Gültigkeit bis zum 29. Mai 1925. Falls eine Kündigung nicht erfolgt, verlängert er sich jeweils um vier Wochen mit dreiwöchiger Kündigungsfrist.

Der Buchdruckerverband führt die Entscheidung über die Frage der Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifes durch eine Urabstimmung am 10. Februar herbei.

Am Anluß an die Verhandlungen mit den Gehilfen im Buchdruck haben auch die Verhandlungen mit den Hilfsarbeitern stattgefunden und zu einem Abschluß geführt. Auch dieser Abschluß war nicht leicht, schon in den ersten Stunden wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Erst auf Grund eines Schiedspruches des zentralen Schlichtungsamtes kam es zu einer Verständigung. Die seither geltenden Prozentsätze zur Berechnung der Entlohnung des Hilfspersonals wurden zwar ziffernmäßig herabgesetzt, eine Verschlechterung der Entlohnung tritt jedoch dadurch nicht ein, daß alle Löhne für die Folge errechnet werden aus dem Spitzenlohn der Gehilfen. Auch für das Hilfspersonal ist der Unterschied in der Entlohnung zwischen ledigen und Verheirateten in Wegfall gekommen. Die am 28. Februar für das getrennte Buchdruckpersonal ein tretende allgemeine Lohnerhöhung von 2 Mf. findet sinnigere Anwendung auch für das Hilfspersonal.

Die jetzt neu abgeschlossenen Manteltarifverträge für die Gehilfen sowohl als auch für das Hilfspersonal haben Geltung bis zum 28. Februar 1926.

Die Agitationsversammlungen im Gau Rheinland-Westfalen.

Unabhängig der vom Verband veranstalteten Agitationswochen fand eine Reise der Kollegin Krzymun-Berlin durch unseren Gau statt. Die erste Versammlung fand in Barmen-Elberfeld statt. Kollegin Krzymun sprach über das Thema: „Der Ansturm der Arbeitgeberverbände gegen die Sozialpolitik, gegen den Achtstundentag und gegen eine angemessene Entlohnung der Arbeiterschaft.“ Sie entledigte sich ihrer Aufgabe in klarer und leichtverständlicher Weise und wies auf die großen Kämpfe und Schwierigkeiten hin, die unser Verband mit den Unternehmern zu bestehen hatte. Leider sei das Verständnis für die Organisationsarbeit noch bei sehr vielen unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schlecht entwickelt. Sie verstanden wohl gut zu kritisieren, aber zur tätigen Mitarbeit seien sie nicht zu haben. Besonders die letzte Zeit habe gezeigt, daß der Organisationsgebanke bei vielen Mitgliedern schlecht Wurzel gefaßt habe. Sonst wären sie bei dem Ansturm der Unternehmer nicht so leicht davon gelassen und dem Verband untreu geworden. Gerade dadurch seien die Arbeitgeber erst recht in ihrem Vorgehen gegen die Arbeitererrungenschaften gestärkt worden. Die Referentin wandte sich besonders an die Kolleginnen und schloß, wie die Arbeitgeber sich gerade gegen die Lohnaufbesserungen der Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit gewendet haben. Die Tarifverhandler haben gerade dieserhalb stets die größten Schwierigkeiten gehabt und stets immer alles daran gesetzt, um auch den Kolleginnen einigermaßen anständige Löhne zu verschaffen. Statt dieser Bemühungen des Verbandes anguerkennen, haben gerade die Arbeiterinnen vielfach den Verband verlassen. Die Arbeiterinnen aber bilden die Mehrheit im Beruf, sowohl wie auch im Verband und müßten deswegen eine bedeutendere Rolle im Verbandsleben spielen, als es leider der Fall sei. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, stets für die Organisation zu werden, schloß die Referentin ihren mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

Zum 2. Punkt referierte Kollege Groenhoff über: „Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort.“ Er knüpfte an die Worte der Kollegin Krzymun an und betonte, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich sehr wesentlich nach den Organisationsverhältnissen richten und gab sodann einen ausführlichen Bericht über die Tarifverhältnisse am Ort. Diese sind infolge der Inflationsperiode und dem dadurch bedingten Drängen der Kollegenschaft nach den Löhnen der Textil- und Metallindustrie kritisch geregelt und hängen nur noch mit den Reichstarifen durch Anlehnung an die Manteltarife zusammen. Die Textil- und

Metallarbeiterverbände haben als Folge großer vergeblicher Streiks zu Beginn des Jahres sehr viele Mitglieder verloren und waren nicht in stande, ihre Löhne zu verbessern. Darunter leiden auch wir in jeder Hinsicht, und mancher, der vorher „les vom Reichstarif“ gerufen hat, wäre jetzt froh, wenn dieser maßgebend wäre. Jetzt wieder dahin zu kommen, wird nicht leicht sein, und darum sind die Worte der Referentin zu beherzigen, damit auch wir wieder zu geregelten Verhältnissen in der Tariffrage kommen. An beide Referate schloß sich eine kurze Diskussion, die sich im zustimmenden Sinne hielt. Die Versammlung war von 250 Personen besucht, von denen leider nur 25-30 weibliche Mitglieder waren.

Dann sprach Kollegin Krzymun in Düsseldorf. Die dortige Ortsverwaltung wollte ursprünglich von einer Versammlung Abstand nehmen, da sie infolge des vorzüglich ausgebauteu Graphischen Karriells gute Agitationsmöglichkeiten hat. Die Zahlstelle hat sich dann aber in den Rahmen der allgemeinen Veranstaltungen eingefügt. Die Versammlung war von 80 männlichen und 75 weiblichen Personen besucht und nahm einen guten Verlauf.

In Dortmund sprach Kollegin Krzymun vor 300 Personen. Der Verlauf der Versammlung war ein guter, es wurden 10 Neuaufnahmen gemacht.

Die Tour des Kollegen Dreger-Köln fand unter einem klütern. Er wurde krank und mußte die Reise vor Beendigung abbrechen. Vorgelesen war, daß Dreger in Bochum, Münster, Hagen, Essen und Duisburg reden sollte. Die erste Versammlung fand in Bochum statt. Dreger sprach über „Zweck und Ziel der Organisation“. Die Versammlung war gut besucht, 60 Personen waren anwesend. In der Diskussion wurde von einem Kollegen die Kritik der Gewerkschaften gegenüber dem Ansturm der Arbeitgeber gegen den Achtstundentag nicht für richtig gehalten. In seinem Schlusswort konnte der Referent darauf hinweisen, daß gerade seine Ausführungen gezeigt hätten, wo die Ursachen dieser Erscheinungen lägen und daß wir alle Ursache hätten, die Kampfkraft unseres Verbandes zu erhöhen durch gewissenhafte Schulung aller Mitglieder, Fällung der Kasse und Heranholung aller Berufsangehörigen zum Verband.

Die Versammlung in Münster mußte leider im letzten Augenblick abgefaßt werden, weil sich der Tag als ungenügend herausgestellt hatte. Da fast alle Berufsangehörigen organisiert sind, wäre ein organisatorischer Erfolg kaum zu erzielen gewesen.

Trotz äußerst rühriger Tätigkeit der Verwaltung in Hagen waren nur 17 Mitglieder erschienen, die dem Vortrag des Kollegen Dreger mit Aufmerksamkeit folgten und mit großem Beifall lobten. Hagen ist für unsere Organisation ein harter und steiniger Boden. Wenn aber die in der Versammlung anwesenden Kollegen aus den Ausführungen des Referenten die nötigen Nutzenwendungen ziehen, wird die Versammlung nicht nutzlos gewesen sein.

Zu unserem aufrichtigen und großen Bedauern mußte Kollege Dreger dann seine Reise abbrechen, so daß er die vorgelesenen Referate in Essen und Duisburg nicht hatten konnte.

In Essen hat es infolge der Wahlbewegung außerordentliche Mühe gekostet, um einen Referenten zu bekommen. Erst im letzten Augenblick gelang es, den Kollegen Böning vom Buchdruckerverband zu gewinnen. Er sprach über: „Die augenblickliche Lage im graphischen Gewerbe“ und entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher, mit großem Beifall aufgenommenen Rede. Die Versammlung war von 30-40 Personen, darunter 5 weiblichen, besucht und 5 Neuaufnahmen wurden getätigt.

Auch in Duisburg hatte die Ortsverwaltung wegen der Referentenfrage große Schwierigkeiten. Auch hier sprang in dankenswerter Weise ein Buchdrucker in die Bresche. Der Kollege Schumacher behandelte das vorgelesene Thema in großzügiger Weise. Er geißelte das Verhalten der Kollegen, welche in der Stunde der Gefahr ihrem Verband untreu wurden. Noch bedauerlicher sei das Verhalten einzelner Funktionäre, die in einer so kritischen Zeit ihren Posten verlassen hätten. Die Versammlung war von 26 Personen besucht.

Eine Anzahl unserer Zahlstellen hatte von vorn herein auf die Abhaltung von Versammlungen verzichtet, da sie sich keinen Erfolg davon versprochen oder alle Berufsangehörigen bereits unserem Verband angeschlossen waren.

Anschließend läßt sich sagen, daß durch öffentliche Versammlungen das Agitationsproblem nicht gelöst werden wird. Deseigenen, für welche die Referate bestimmt sind, kommen nicht zur Versammlung. Nur unermüdbare Kleinarbeit, an der sich aber alle Mitglieder beteiligen müssen, die es wirklich ernst meinen mit der Organisation, scheint Erfolge zu versprechen. Hoffen wir, daß die Teilnehmer an den Versammlungen diese Erkenntnis gewonnen haben und demgemäß handeln, dann waren diese Veranstaltungen nicht nutzlos. B. Groenhoff.

Aus dem Gau Nordosten.

Die Vorbereitungen zur außerordentlichen Agitation sind nach den Direktiven des Verbandsvorstandes sowohl wie nach den uns notwendig erscheinenden Maßnahmen erfolgt und während mehrerer Wochen durchgeführt worden. Wir belegten 41 Orte (zum Teil auch mit Hilfe der Ortsauschüsse des DGB) in drei Intervallen mit circa 1400 Flugchriften und zweimal 200 Agitationsnummern der „Buchbinder-Zeitung“. Außerdem wurde noch an einzelne besonders zu bearbeitende Orte eine handschriftliche Aufmunterung für das Beliegen der Agitationsarbeiten geschickt. Wir glauben also alles getan zu haben, was im Interesse der Sache zu tun notwendig war. Trotzdem wäre es Schönfärberei, wollten wir behaupten, mit den Erfolgen dieser Agitationsperiode zufrieden zu sein. Weber die Stimmung noch die Arbeitsfreudigkeit und ebenso der Besuch der meisten Versammlungen konnten befriedigen. Fremden war ohne Zweifel die plötzlich einsetzende bessere Konjunktur, soweit sie Ueberzeitbarkeit zur Folge hatte, und die alle arbeitsfreudigen Kräfte erfordernde Arbeit zur Reichstagswahl. Es soll aber auch nicht ungelagt bleiben, daß eine große Laubheit, Ineresslosigkeit und Verbandsmüdigkeit selbst unter vielen Funktionären sich eingebürgert hat, deren Gründe verschiedener Art sind, und es bedarf sicher einer längeren Spanne Zeit, will man dieser jeder Organisationsarbeit hemmenden Situation Herr werden.

Wie schon bemerkt, wurden in 41 Orten durch die örtlichen Funktionäre die Flugzettel und Zeitungen unter den Berufsangehörigen verteilt. In 10 von diesen Orten stellten wir es für zweckentsprechend, durch Versammlungen der Agitation einen größeren Nachdruck zu verleihen. Jeder fanden wir bei einzelnen Verwaltungen dafür sein Verständnis, ja zum Teil sogar schroffe Ablehnung, da man sich von einer Werbearbeit nichts versprach; so z. B. in Frankfurt a. D., Eberswalde und Guben. In zwei weiteren Orten, Neudamm und Oranienburg, zeigte Ueberzeitbarkeit ein und wurde aus diesem Grunde von einer Versammlung abgesehen. Versammlungen fanden statt in Stettin, Kolbitz, Spremberg, Sorau und Potsdam, außerdem wurden Frankfurt a. D., Guben und Kolbitz zwecks Ausprache bzw. Schlichtung örtlicher Zwischenfälle besucht.

Der Gesamteindruck und auch der Erfolg lassen viel zu wünschen übrig. Besuch und Stimmung der Versammlungen konnten außer in Spremberg und Sorau nicht befriedigen. Kolbitz ist und bleibt ein Schmerzensland im Gau. Besteht schon eine große Laubheit unter den Mitgliefern, dann sind neuerdings noch Zahlstellen unter den Funktionären ausgebrochen, die ein Aufwärtstreben der Zahlstelle erschweren. Nur ein Drittel der Mitglieder waren, trotz guter Agitation, in der Versammlung erschienen. In Spremberg und Sorau sind dank der Rührigkeit unserer dortigen Funktionäre Verhältnisse geschaffen, mit denen man zufrieden sein kann. Diese Versammlungen waren von fast allen Berufsangehörigen besucht. In Potsdam konnte die Versammlung infolge schlechten Wetters (am gleichen Abend fand eine Wählerversammlung statt) nicht stattfinden. Die Organisationsverhältnisse sind aber dort befriedigend, nahezu alles ist organisiert. Stettin stand unter einem besonderen Zeichen. Die große Zahl der uns verloren gegangenen Kartonnarbeiter sollte wiedergewonnen werden. Während die erste Versammlung nur von circa 40 Personen besucht war, konnten in der nächsten, 12 Tage später stattfindenden Versammlung deren 200 gezählt und außerdem eine Mitgliederzunahme von circa 150 konstatiert werden. Dann fanden noch Verhandlungen mit den Firmen Benzner und Wiese u. Co. statt, die für unsere Kollegenschaft gute Erfolge zeigten. Es bedurft jedoch noch eines weiteren ersten Anstoßes bei den Firmen, um die durch die Verhandlungen erzielten Verbesserungen in Wirkung treten zu lassen. Hoffentlich ist der Zusammenschluß der Kartonnarbeiter von festem Bestand, da nur dadurch auch deren wirtschaftliche Lage der anderer Orte gleichgestellt werden kann. Mit Forst und Schwiebus wurde Verbindung durch den Ortsauschluß des DGB gesucht.

Im östlichen Agitationsbezirk haben Versammlungen nicht stattgefunden. Auch hier wird gestlagt, daß die große Ineresslosigkeit keine besonderen Erfolge aufkommen läßt. Durch Hausagitation wurden in Ankerburg und Marienburg die Berufsangehörigen bearbeitet und mit dem Gebanten der Organisation vertraut gemacht. Die Reichstagswahl häderte eine ausgebeutete Arbeit, die aber noch nachgeholt werden soll.

Unsere Erfolge sind, soweit sie auf Gewinnung von Mitgliedern gerichtet waren, von Stettin abgesehen, bescheiden. Trotzdem soll nicht verkant werden, daß eine Aufmunterung der Mitglieder und

auch der Funktionäre von Zeit zu Zeit notwendig ist. Desmal stand die Agitation in keinem guten Zeichen und es muß versucht werden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das nachzuholen und aufzubauen, was uns sehr nicht gelang.

Hugo Lemser, Berlin.

Linier- und Kopfdruckmaschine.

Sehr häufig entsteht in Geschäftsbücherfabriken Streit darüber, wer die Linier- und Kopfdruckmaschine zu bedienen hat. Obgleich die Linierarbeit an der Maschine die Hauptarbeit, der Kopfdruck nur Nebenarbeit ist, verlangen die Buchdrucker sehr oft, daß die Maschinen von ihnen bedient wird.

Entscheidung: Die Firma ... ist berechtigt, die in ihrem Betrieb aufgestellte Liniermaschine der Firma Böttcher u. Müller in Leipzig, die in einem Arbeitsgange, also mit einmaligem Anlegen, außer den Linierungen von Geschäftsbüchern und Formularen auch den Druck der Köpfe bewirkt, durch einen Linierer bedienen zu lassen.

Zustand: Die Firma Böttcher u. Müller in Leipzig stellt Liniermaschinen her, welche eine Neuerung und Verbesserung der bisherigen Liniermaschinen insofern enthalten, als diese Maschinen gleichzeitig mit der Linieratur auch den Eindruck einer oder einiger Kopfzeilen bemerkstelligen, z. B. Kassenkonten, Einnahme, Ausgabe, bei Wechselbüchern: Jahr, Datum, Nummer, Betrag, Verfalltag des Wechsels und Name des Wechselverbindenden usw. Die Maschine kann zwar auch ohne Linierung hergestellt, aber nur solche, die nicht höher als 12 Zentimeter sind.

Die besagte Firma überläßt die sämtlichen Arbeiten an der Maschine einem Linierer.

Der Kläger fordert, daß der Druck der Köpfe einem gelerntem Buchdrucker übertragen werden müßte, da die Maschine zugleich Linier- und Kopfdruckmaschine sei. Sie habe bewirkt, daß die Buchdruckpressen der Beklagten nicht mehr in dem Maße beschäftigt seien als früher, da sie nicht nur eine Kombination von Linier- und Druckmaschine darstelle, sondern auch jede der beiden Tätigkeiten — Drucken und Linieren — für sich allein bewirken könne.

Die Beklagte entgegnet, daß die Hauptarbeit, die an der Maschine geleistet würde, Linierarbeit sei, der Eindruck der Köpfe aber nur Nebenarbeit. Die Maschine bringe eine wesentliche Verbesserung und Ersparnis bei der Herstellung von Geschäftsbüchern. Die Forderung des Klägers würde einen wirtschaftlichen Fortschritt, den die Maschine bringe, ausschalten.

Das Schiedsamt Leipzig konnte in seiner Sitzung vom 20. Dezember 1923 zu einer Entscheidung nicht gelangen und überwies die Sache gemäß § 12 der Geschäftsordnung für die Tarifämter (S. 50) dem Reichsschiedsamt zur endgültigen Entscheidung.

Entscheidungsgründe: Die streitige Maschine stellt eine Neuerung dar, für deren Bedienung Bestimmungen im Tarif nicht getroffen sind. Das Schiedsamt Leipzig war daher berechtigt, die Sache zur endgültigen Entscheidung dem Reichsschiedsamt zu überweisen. (§ 12 der Geschäftsordnung für die Tarifämter.)

In der Sache selbst war zu erkennen, wie geschehen. Es ist unstrittig, daß die Hauptarbeit der Maschine die Linierarbeit ist, deren Erlernung eine längere Praxis voraussetzt, so daß ein Drucker nicht ohne weiteres in der Lage ist, sie einzustellen und zu bedienen, während ein Linierer sie handhaben kann. Eine Zurichtung ist fast nicht erforderlich.

Es wurde dem Reichsschiedsamt auch nachgemessen, daß die Maschine Drude, die höher als 12 Zentimeter sind, nicht ausführen kann. Bisher haben die Linierer auch den Druck an der Maschine mitbesorgt. Die streitige Maschine ist daher als Liniermaschine anzusehen, welche den Bestimmungen des § 15 ff. des Tarifs nicht unterliegt.

Die Angabe des Klägers, daß die Buchdruckpressen der Beklagten nicht mehr in dem Maße beschäftigt seien wie früher, kann für die Entscheidung nicht in Betracht kommen. Die meisten gewerblichen Erfindungen werden eine Verdrängung der Arbeitskräfte zur Folge haben, d. h. die Verminderung der Arbeit für die eine Kategorie von Geistes. Solche Einzelinteressen können aber niemals einen Grund bieten, den Fortschritt des Gewerbes zu erschweren oder gar zu verhindern.

Unparteiischer Vorsitzender: gez. Paul Wenzel, Justizrat. Schriftführer: gez. Bernh. Kleinfeld.

S. R.

Berichte.

Dresden. Unsere Jahreshauptversammlung tagte am 27. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Feig Dube, Minna Lauterbach und Oskar Kiebscher ehrend gedacht. Dann ließ Lange in anregender Weise die Vorgänge im letzten Jahr Revue passieren und schilderte anschaulich die umfangreiche Tätigkeit unserer Geschäftsstelle, die ergänzt wurde durch zahlreiche Sitzungen der verschiedenen Kommissionen. Die Versammlungen und die vielen Betriebsbesprechungen zeitigten fast durchwegs gute Erfolge, was auch von der Werkwoche zu sagen ist. Das bemerkenswerteste Ereignis war der Streit in der Kartonnagenindustrie, der nach achtjähriger Dauer einen annehmbaren Erfolg brachte. Leider mußte gegen eine Anzahl Kollegen wegen Streikbruch der Ausschluss beantragt werden. Besonders eingehend behandelte der Referent den Stand der Arbeitslosigkeit, die mit der Inflation in katastrophaler Weise über das graphische Gewerbe und ganz besonders über unsere Branchen hereinbrach. Gegenwärtig kann man von einer betriebliegenden Geschäftslage sprechen. Der Kampf um den Kostfünftentag bräute unserer ganzen Tätigkeit seinen Stempel auf. Aber auch in die Sozialgesetzgebung wird von den Unternehmern versucht, Breche zu schlagen. Hierher warnte eindringlich vor den Verdrängungen der Unternehmer, Betriebskrankenfallen ins Leben zu rufen und vor den Versuchen, Werksvereinigungen zu bilden, die nichts anderes als die gelben Organisationen von früher darstellen. Ende 1923 zählten wir 664 männliche und 3319 weibliche Mitglieder, am Jahresabschluss 1924 waren die Zahlen 758 bzw. 3816. Von einem Zugang von 162 männlichen und 2216 weiblichen Mitgliedern konnten wir nur 91 bzw. 497 halten. Durch fortgesetzte Buchfortrollen wurden alle die ausgeschieden, die sich wohl Mitglieder nannten, aber keineswegs an Zahlung von Beiträgen dachten. So hoffen wir wieder auf eine gesunde Grundelage zu kommen, wenn die Mitglieder in den Betrieben ihre Pflicht tun.

Im Kassenbericht verwies Kohl auf die zunehmende Gefährdung unserer Kassenverhältnisse, jedoch muß unsere Finanzgebarung auch in Zukunft von der größten Vorsicht getragen werden, wenn wir in absehbarer Zeit unseren alten Stand wieder erreichen wollen. Die größte Sorge muß der Ansammlung eines ausreichenden Kampffonds gelten.

Die Diskussion drohte durch das Auftreten des Kollegen Weigmann, der sich durchaus nicht an die Tagesordnung halten wollte, einen unerfreulichen Verlauf zu nehmen, so daß ein einstimmiges Verlangen der Versammlung W. das Wort entzogen werden mußte.

Am zweiten Punkt der Tagesordnung: „Neues über den Stand unserer Berufsverhältnisse und das nachteilige Bestreben unserer Wiberfacher“ referierte in instruktiver Weise Lange. In großzügiger Form schilderte er die Veränderungen im Wirtschaftslieben des letzten Jahres, das Ringen um den Kostfünftentag, die zunehmenden Schwierigkeiten, mit den Unternehmern zu befriedigenden Verhandlungen zu kommen, sowie die Ge-

fahren, mit der uns die eskalierende Reaktion bedroht, da selber ein Teil der Arbeiterschaft immer noch ungelosten Profiteuren huldigt und dadurch der Reaktion Vorparanndienste leistet, statt in gemeinsamer Front mit den Klassengegnern den Ansturm der Gegner abzuwehren. Leider wurde auch wieder durch Weigmann die Diskussion auf andere Bahnen gelenkt, der sich die größte Mühe gab, die Versammlung aufs äußerste zu reizen.

Die in den Branchenversammlungen vorgenommenen Wahlen zum Vorstand, zu den Branchenkommisssionen usw. wurden von der Generalversammlung gegen eine Stimme bestätigt. In kurzem Schlußwort sagte Scheibe das Ergebnis der Versammlung zusammen und schloß mit der Aufforderung an die Mitglieder, sich nicht nur auf die Zeitung zu verlassen, sondern überall selbst tatkräftig mitzuarbeiten am Aufbau unserer Organisation.

Hamburg-Altona. Am 22. Januar fand die Generalversammlung der Jahrbücher statt. Der Geschäftsbericht wurde gegeben von Kollegen Thierbach. Die Organisation in Hamburg-Altona hat sich außerordentlich günstig entwickelt. Der Mitgliederstand ist gegenüber dem vorhergehenden Quartal bedeutend gestiegen, zurückzuführen auf die im Herbst betriebete außerordentliche Agitation. Besonders in der Kartonnagenindustrie konnte eine größere Anzahl neuer Mitglieder gewonnen werden. Der Mitgliederbestand beträgt 2803. Auch die Klassenverhältnisse haben sich günstig gestaltet. Zu Beginn des Jahres standen wir infolge der Inflation mittellos da, jetzt aber konnte die Lokaltasse mit einem Bestand von 4000 Mt. abschließen. Hierher verwies auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der auch in die Wohnbewegungen und die erzielten Lohnregelungen einen Einblick gewährt.

Die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder zur Ortsverwaltung ergab: Hentrich, Winkler, Kleiner, Hein, Münster, Lange, Frau Krogmann und Erna Schöwin. Zu Neuzugängen wurden die Kollegen Kubeber, Schalte und Feld gewählt. Müller teilt mit, daß in diesem Jahre unser Verbandstag in Hamburg stattfindet. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Verbandstag freudig zu begrüßen und sich den Aufgaben, den Delegierten das Leben an der Kasserkasse so angenehm wie möglich zu gestalten, zu unterziehen. Weiter beschloß die Versammlung, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die monatliche Ertragsrate von 10 Pf. von jedem Mitglied geleistet wird, da aus unserem Kassenbericht hervorgeht, daß wir noch viele Drückbeleger unter unseren Kollegen und Kolleginnen haben. Der Monatsbeitrag für das Jahr 1925 besetzen bleiben. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Vertriebsratewahlen vor der Hand stehen und daß alle Betriebe dahin wirken müssen, Betriebsräte und Vertrauenspersonen in ihren Betrieben zu wählen.

Literarisches.

Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in den Jahren 1922 bis 1924. 3. Auflage. 392 Seiten. Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam. Kommissionsverlag in Deutschland: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14. Preis 4 Mt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandsgebern der Buchbinder Siegfried Meyer, geb. 26. Januar 1884 in Berlin. (Buch-Nr. 15 620).

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 9. Februar bei der Verbandstasse ein von: Potsdam-Nowawes 245,— Mt., Spremberg 190,— Mt., = Gau Schlesien (außer Gau) 1200,— Mt., = Oldenburg 454,90 Mt., = Vorkauwalde 1219,— Mt., = Detmold 276,— Mt., Göttingen 194,60 Mt., Minden 175,00 Mt., = Dänen 56,45 Mt., Gelsenkirchen 75,— Mt., Gummerabad-Hambroff 693,50 Mt., Lüdenscheid 45,70 Mt., = Dänen 181,— Mt., Trier 172,60 Mt., = Mannheim-Ludwigshafen 900,— Mt., = Warburg 88,— Mt., Neustadt-Haardt 50,— Mt., = Schleiß 875,— Mt., = Annaberg-Buchholz 2400,— Mt., Bursfelde 225,95 Mt., Freiburg i. S. 125,50 Mt., Limbach 246,89 Mt., Plauen i. V. 700,— Mt., = Gau Württemberg und Baden 843,10 Mt., Freiburg i. V. 500,— Mt., Karlsruhe 1170,30 Mt., Reutlingen 300,— Mt., = Ansbach 20,— Mt., Regensburg 137,65 Mt., = Gau Südbayern 300,— Mt., = München 7074,40 Mt.

Abwesenheitsänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Brieg (Bez. Westfalen). B. u. K.: B. Henze, Oberstr. 9. Mannheim. B.: Fr. Mann, B. 6, Nr. 1. K.: C. Bouc, Trauttenstr. 45. Saalfeld n. d. Saale. B.: C. Ludwig, Welfenstr. 2. K.: B. Lehmann, Alter Markt 16. Schleiß. B.: J. Jüd, Kasanienbaum 2. K.: N. Tischendorf, Gerbergasse. Stolp i. Pom. B.: A. Triß, Gr. Auberstr. 20. K.: H. Seiden, Welfenstr. 4. Zwickau i. S. B.: C. Schubert, Neuhäuser Schneebberger Straße 45, bei Frau Neef. K.: A. Scheller, Neuhäuser Leipzigstr. 45 III.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Wir richten hiermit an alle Gau- und Ortsverwaltungen die dringende Mahnung, die noch ausstehenden Abrechnungen vom 4. Quartal nun schnellstens einzusenden. Alle diejenigen Zahlstellen, von denen die Abrechnung bis zum 9. Februar bei uns nicht eingetroffen ist, werden in Nr. 8 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht.

2. Berichtstarke zur Arbeitslosenstatistik fehlen noch von einigen Gauen und Zahlstellen. Wir bitten um umgehende Einlieferung der Karten und ersuchen gleichzeitig, auch die Angaben über Arbeitszeit nicht zu vergessen.

3. Die Lokaltbeiträge sind in folgenden Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr in

Table with 5 columns (I, II, III, IV, V) and 4 rows (Kassa, Männer, Frauen, Schwerin i. M.).

4. Der Kollege Karl Frieß, geb. 11. November 1880 in Coburg, Buchn. 51647, wird gebeten, seinen augenblicklichen Aufenthalt unverzüglich der Ortsverwaltung der Zahlstelle Nürnberg-Gürth mitzuteilen. Die Gau- und Ortsverwaltungen werden gebeten, wenn Kollege Frieß sich bei ihnen gemeldet hat oder noch melden wird, ihn auf dieses Ersuchen aufmerksam zu machen und möglichst auch selbst Adressenangabe nach Nürnberg gelangen zu lassen.

5. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Berlin wegen Beuntreuung von